

Stadtratssitzung vom 21. Januar 2022

Postulat P 9/2021

Postulat betreffend Förderung von E-Mobilität - Strategie für Ladestationen im öffentlichen Raum

Marc Barben (Grüne/JG), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Nicole Krenger (glp), Nicolas Glauser (glp), Daniela Huber Notter (Die Mitte), Alois Studerus (Die Mitte) und Simon Werren (Die Mitte) vom 23. September 2021; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen der Klimastrategie ein Konzept zur Förderung von E-Mobilität und von entsprechenden Ladestationen zu erarbeiten und dabei folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Bei Anpassungen an bestehenden und bei der Planung von neuen Gemeindeimmobilien (inkl. Parkplätze etc.) wird die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur von Beginn an eingeplant.
- Die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur auf öffentlichen Parkplätzen (z.B. blaue Zone) wird berücksichtigt.
- Bei der Beschaffung von neuen Fahrzeugen bevorzugt der Gemeinderat CO₂-freie Antriebstechnologien.
- Gemeindeeigene Ladestationen werden mit erneuerbarem Strom betrieben.

Begründung

Dem aktuellen Trend entsprechend gewinnt die Elektromobilität auch in Thun zunehmend an Bedeutung.

Aus dem Grundlagenbericht zur Klima- und Energiestrategie¹ ist (unabhängig von gewähltem Szenario und Absenkpfad) ablesbar, dass die Förderungen von E-Mobilität einen wichtigen Beitrag zu einem klimaverträglicheren Verkehr und dem Netto-Null-Ziel leisten wird. Um dieser Transformation den nötigen Schub zu verleihen, ist es zentral, dass eine gute Infrastruktur an Lademöglichkeiten vorhanden ist. Als Energiestadt auf dem Weg zum Goldlabel kommt Thun nicht umhin, alternative und CO₂-neutrale Formen der Mobilität aktiv zu fördern. Die Erfahrungen zeigen, dass der grösste Bedarf an Ladestationen zu Hause oder am Arbeitsplatz gegeben ist. In Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Mietwohnungen oder im Falle von Wohneigentum im Stockwerkeigentum wohnt, zeigt die Herausforderung, dass dieser Teil der Bevölkerung nicht in eigener Verantwortung die nötigen Ladestationen realisieren kann. Es wird auch Ladestationen im öffentlichen Raum benötigen. Die zentrale Frage wird hierbei sein, wo diese bedarfsgerecht sind und wie diese realisiert werden können.

¹ [Stadt Thun - Konsultation](#)

Im geforderten Konzept können unter anderem Ziele und Ausbauschritte für Ladeinfrastruktur auf gemeindeeigenen und anderen öffentlichen (Velo-)Parkplätzen und Parkhäusern definiert werden, es können Tarifstrukturen und Bezahlösungen evaluiert werden oder es kann geprüft werden, ob bei der laufenden Revision des Baureglements Zusatzbestimmungen bezüglich der Pflicht zur Errichtung von Ladeinfrastruktur bei Neubauten ab einer gewissen Anzahl Parkplätze respektive Veloabstellplätze sinnvoll sind.

Diese Herausforderungen stellen sich nebst Thun auch den Nachbargemeinden und entsprechende Vorstösse wurden in deren Parlamenten eingereicht (Bspw. Spiez², Steffisburg³). Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, dass die Stadt Thun die regionale Zusammenarbeit in diesem Thema sucht, damit auch eine Anlaufstelle bez. «E-Mobilität» definiert werden kann. Eine regionale Anlaufstelle in Sachen «E-Mobilität» kann – in Zusammenarbeit mit Interessengruppen sowie externen Fachleuten und Fachstellen – sicherstellen, dass bei entsprechenden Projekten die Thematik von Beginn an eingeplant wird und die notwendigen Informationen allen Beteiligten und Investitionswilligen vorliegen. Weiter können über die Anlaufstelle Anbieter öffentlicher Parkplätze und Parkhäuser, insbesondere Transportunternehmen und Grossverteiler, beraten werden. Zudem soll geprüft werden, inwiefern interkommunal zusammengearbeitet werden kann.

Die Energiestadt Thun kann zudem ganz im Sinne ihrer Vorbildfunktion in ihrem Einflussgebiet auf eine E-Mobilität setzen, die durch erneuerbaren und lokal erzeugtem Strom betrieben wird und diesen auch selbst nutzen. Weiter soll die Gemeinde versuchen zu erwirken, dass bei allen Ladestationen auf dem Gemeindegebiet erneuerbare und lokal erzeugte Energie verwendet wird.

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat anerkennt die Wichtigkeit der Elektromobilität insbesondere zur Erreichung des Netto-Null-Ziels im Sektor Verkehr. Dieser ist für rund einen Drittel der energiebedingten CO₂-Emissionen in der Stadt Thun verantwortlich. Der mit Abstand grösste Anteil davon entfällt auf den motorisierten Individualverkehr mit Personenwagen (74%). Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität gilt es in erster Linie Verkehr zu vermeiden, gefolgt von der Verlagerung des Verkehrs auf Fuss- oder Veloverkehr oder hin zum öffentlichen Verkehr. Verkehr, welcher sich weder vermeiden noch verlagern lässt, muss verbessert werden. Die Elektromobilität ist dabei eine Schlüsseltechnologie zur «Verbesserung» des Verkehrs und zur Reduktion der CO₂-Emissionen im motorisierten Individualverkehr. Neben der batteriegestützten Elektromobilität sollen alternative Technologien wie Wasserstoff zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Strassengüterverkehr und dem strassengebundenen öffentlichen Verkehr ergänzend eingesetzt werden.

Erkenntnisse aus dem Grundlagenbericht zur Klimastrategie

Wie im Postulat darauf hingewiesen, bietet der in diesem Frühjahr abgeschlossene Grundlagenbericht zur Klimastrategie bereits detaillierte Ausführungen zum Sektor Verkehr, die aufzeigen, wie die Klimaziele erreicht werden könnten. Damit die dazu notwendige Dekarbonisierung erreicht werden kann, müssten bei annähernd gleichem Fahrzeugbestand bereits im Jahr 2025 rund 40 Prozent der neuzugelassenen Fahrzeuge in der Stadt Thun elektrisch sein, und ab 2035 praktisch keine neuen Benzin- und Dieselfahrzeuge mehr in den Verkehr gebracht werden. So kann der Elektroanteil am Gesamtbestand im Jahr 2040 auf über 65 Prozent und bis 2050 auf rund 95 Prozent

² [dok.php \(spiez.ch\)](http://dok.php(spiez.ch))

³ [Steffisburg](#)

angehoben werden. Mittel- und langfristig sind vor allem Home & Work Charging die wichtigsten Ladestationstypen (rund 75% des gesamten Ladevolumens). Zur Erreichung des Netto-Null-Ziels braucht es in der Stadt Thun bis im Jahr 2035 rund 6'300 private Heimpladestationen und über 6'700 private Ladestationen bei Unternehmen. Wichtige Voraussetzung für eine rasche und konsequente Elektrifizierung ist jedoch auch die Verfügbarkeit von öffentlichen Ladestationen in der Nähe des Wohnorts für Fahrzeughaltende ohne private Parkplätze oder privater Lademöglichkeiten sowie für Gäste. Aktuell sind in der Stadt Thun rund 29 öffentlich zugängliche Ladestationen installiert. Gemäss den Erkenntnissen aus dem Grundlagenbericht bräuchte es aber kurz- bis mittelfristig deutlich mehr öffentliche Ladestationen, so wird von rund 160 öffentlichen Ladestationen und weiteren rund 24 Schnellladestationen bis 2035 ausgegangen.

Vorbildrolle der Stadt

Auf dem Weg zur Energiestadt Gold soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen, auch in der Mobilität, wie dies im Postulat gefordert wird. Die Massnahme 22 des Legislaturziels Nr. 7 «Thun ist auf dem Weg zur Energiestadt Gold» besagt, dass das Mobilitätsmanagement der Verwaltung ökonomisch und effizient zu gestalten sei. Der Gemeinderat hat im Frühling 2021 im Rahmen eines Aussprachegeschäftes zu ersten Stossrichtungen des internen Mobilitätsmanagements Stellung bezogen. Aktuell sind konkrete Mobilitätsmassnahmen der Stadtverwaltung in Erarbeitung, welche im nächsten Jahr durch den Gemeinderat genehmigt werden sollen. Dazu gehören u.a. die Erarbeitung einer nachhaltigen Fahrzeugstrategie, aber auch die Klärung von Fragestellungen betreffend Ladeinfrastruktur bei städtischen Liegenschaften. Bei der städtischen Fahrzeugbeschaffung setzt die Stadt Thun bereits heute mehrheitlich auf Elektromobilität, sei dies bei Personenwagen oder bei Spezialfahrzeugen, sofern geeignete Fahrzeuge vorhanden sind. Mittels einer Fahrzeugstrategie, inkl. Angaben zum Ladebedarf soll dies noch verbindlicher festgelegt werden.

Überkommunale Zusammenarbeit

Im Postulat wird die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden gefordert. Am 26. Oktober 2021 fand ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Steffisburg, Heimberg, Uetendorf und Spiez sowie der beiden Energieversorger Energie Thun AG und NetZulg AG statt. Ausschlaggebend zu diesem Austausch waren die Vorstösse in den Gemeinden Spiez und Steffisburg. Die beiden Energieversorger bieten vor allem Lösungen für Mieterinnen und Mieter in Mehrfamilienhäusern sowie für Parkplätze von Firmen mit dem System von eCarUp an. ECarUp bietet dabei flexible Lösungen für Ladestationen, unabhängig von der angewendeten Technologie, an. Die Benutzenden verfügen über eine App, mit der unterschiedliche Ladestationen benutzt werden können. Firmeneigene oder private Ladestationen können während definierten Zeitfenstern auch öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden und Energieversorger haben sich auf einen regelmässigen Austausch geeinigt. Aus Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden wäre eine überkommunale Zusammenarbeit zielführend, damit Synergien genutzt und keine Insellösungen erarbeitet werden. Hierzu würden sich bestehende Gefässe wie die Kommission Energie & Mobilität des ERT oder eine künftige Energieregion eignen.

So wurde bspw. im Mai 2021 ein Konzept zum Mobilitätsmanagement der Agglomeration Thun von der Kommission Energie & Mobilität des ERT verabschiedet sowie ein Finanzierungsbeitrag für dessen Umsetzung gesprochen. Die Förderung der E-Mobilität ist eine Massnahme in diesem Konzept. Die Massnahme wurde jedoch nur mit mittlerer Priorität eingestuft. Aufgrund der Vorstösse in den Gemeinden Steffisburg, Spiez und der Stadt Thun lohnt sich eine Überprüfung dieser Priorisierung.

Aktuell sind Bestrebungen zu einer «Energieregion Thunersee» im Gang. Mit einer Energieregion soll eine gemeinsame Koordinationsstelle die Gemeinden in Fragestellungen und Aufgaben im

Energiebereich beraten und entlasten. Das Thema Elektromobilität könnte als gemeinsames Projekt gemeindeübergreifend aufgenommen und prioritär angegangen werden. Bis im Herbst 2021 wurde im Auftrag des ERT eine Projektskizze ausgearbeitet und bei der Kommission Wirtschaft des ERT eingegeben. Die in der Kommission Wirtschaft vertretenen 13 Gemeinden und die Verbände unterstützen das Projekt in einer weiteren Phase, nach deren Abschluss eine Absichtserklärung aller an einer Umsetzung interessierten Gemeinden vorliegen und die Gründung einer Energieregion bereitliegen soll.

Weiteres Vorgehen

Der Grundlagenbericht zur Klimastrategie liefert erste Erkenntnisse zu den Anforderungen an die Elektromobilität in den kommenden Jahren. Nun gilt es diese ab Anfang 2022 bei der Erarbeitung der Klimastrategie aufzunehmen. Ob dabei ein eigenständiges Konzept zur Elektromobilität oder einzelne Massnahmen/Aktionspläne als Teil der Klimastrategie erarbeitet werden, muss sich noch zeigen. Es sollen dabei aber sicher zentrale Handlungsfelder und Fragestellungen zur notwendigen Infrastruktur, Planungsvorgaben und Öffentlichkeitsarbeit aufgenommen werden. Wichtig wird dabei vor allem die Klärung der Rolle der Stadt. So ist es nicht die Aufgabe der Stadt, Ladesäulen zu betreiben. Sie kann aber eine koordinierende Rolle übernehmen und dabei auch die Zusammenarbeit mit Energie Thun AG und den umliegenden Gemeinden suchen.

Antrag

Annahme.

Thun, 10. Dezember 2021

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller